

**Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus**



**Vollversammlung
vom 13.05.2020**

Änderungsantrag zu TOP C 2 – Dringlichkeitsantrag FDP / Bayernpartei „Münchner Appell zur Vernunft“

Weltweit leiden Menschen derzeit an den Folgen der Corona-Pandemie. Auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es zahlreiche Infektionen und Todesfälle. Den Angehörigen und Freunden der Verstorbenen gilt unser Mitgefühl. Die gesundheitliche Situation ist im Vergleich zu den meisten anderen Staaten hier verhältnismäßig gut. Das ist insbesondere dem außerordentlichen Engagement von Pfleger*innen und Ärzt*innen zu verdanken, liegt aber auch daran, dass frühzeitig Infektionsschutzmaßnahmen ergriffen wurden - dadurch konnten härtere Eingriffe wie komplette Ausgangssperren, die es in zahlreichen anderen Staaten gab, vermieden werden.

Dennoch bedeuten die bisher ergriffenen Infektionsschutzmaßnahmen einen massiven Eingriff in das Leben und die Rechte von uns allen. Und auch die sozialen und wirtschaftlichen Folgen sind enorm und für viele bedrohlich.

Wenngleich zahlreiche der Beschränkungen bisher im Kompetenzbereich des Bundes und des Landes liegen, möchten wir den Münchner*innen versichern: Wir als Münchner Stadtrat sind uns der Auswirkungen dieser Maßnahmen bewusst.

Wir begreifen unsere Aufgabe als Mandatsträger*innen darin, auf wissenschaftlicher Faktenlage basierend, die richtige Balance zwischen dem Schutz von Menschenleben und einem möglichst geringen Eingriff in die Rechte und Freiheiten der Münchner*innen zu finden. Für das Verständnis dieser Freiheitseingriffe ist es elementar, dass der Infektionsschutz keine reine Frage des Eingehens individueller Risiken für einen selbst ist. Da ein erhebliches Risiko besteht, durch bestimmte Handlungsweisen andere Menschen unbewusst zu infizieren, ist es die Aufgabe von politischen Entscheidungsprozessen und Entscheidungsträger*innen, zum Schutz anderer Personen für alle verbindliche Regeln festzulegen.

Klar ist dabei: Es ist legitim und eine demokratische Selbstverständlichkeit die eigene Meinung dazu kritisch äußern zu können und dafür auch das demokratisch elementare Versammlungsrecht wahrzunehmen.

Wer sich jedoch, wie die Teilnehmer*innen der Demonstration am vergangenen Samstag, ganz bewusst nicht an Regeln zum Gesundheitsschutz hält, gefährdet damit nicht nur seine eigene Gesundheit, sondern nimmt auch lebensbedrohliche Risiken für anderen Menschen in Kauf und greift damit in die Freiheits- und Lebensrechte anderer Menschen ein. Dies ist nicht zu akzeptieren und muss mit den Mitteln des Rechtsstaates geahndet werden.

Zusätzlich befördert ein solches bewusstes Missachten verbindlicher Schutzmaßnahmen das Gegenteil

dessen, was angestrebt wird: Steigen die Infektionszahlen und der Reproduktionsfaktor unter anderem durch Missachtung der Regelungen wieder, wird es eine erneute Verschärfung von Maßnahmen geben müssen. Wir appellieren daher an die Münchner*innen: Sie alle tragen mit dem eigenen Verhalten Verantwortung für die gesamte Stadtgesellschaft. Es liegt an Ihnen, nicht nur sich selbst zu schützen, sondern auch andere. Es liegt mit an Ihnen, ob besonders von den Maßnahmen betroffene Gruppen erneut negativen sozialen oder wirtschaftlichen Folgen ausgesetzt sind.

Darüber hinaus beobachten wir derzeit mit großer Sorge, wie der vermeintliche Einsatz für Freiheit und Grundrechte dazu instrumentalisiert und missbraucht wird, das Vertrauen der Menschen in die pluralistische Demokratie zu erschüttern und damit unser demokratisches System an sich anzugreifen. Dies geschieht, wie man auch bei den Demonstrationen in München sieht, insbesondere durch den Einsatz von radikalisierenden Verschwörungserzählungen und geschichtsvergessenen NS-Vergleichen.

Indem der Eindruck erzeugt wird, die derzeitigen politischen Entscheidungen seien nicht das Ergebnis demokratischer Abwägungs- und Aushandlungsprozesse, sondern Ausdruck einer Verschwörung gegen die Bevölkerung, tragen diese Proteste zu demokratiefeindlicher Stimmungsmache bei. Es überrascht daher nicht, dass die aktuellen Demonstrationen von der extremen Rechten oder Verschwörungsideolog*innen geprägt sind.

Auch wenn selbstverständlich nicht alle Teilnehmer*innen diesem Spektrum angehören, gilt: Wer rechtsextreme, antisemitische und demokratiefeindliche Positionen nicht unmissverständlich ächtet oder sich gar mit Personen, Gruppen und Parteien gemein macht, die solche Positionen verbreiten, der normalisiert diese und stärkt damit die Feinde der Demokratie. Wir appellieren daher: überlegen Sie sich, mit wem sie hier auf die Straße gehen und welche Positionen sie damit stärken.

Allen Versuchen, die Corona-Pandemie – auf der Straße oder im Stadtrat – für demokratiefeindliche Stimmungsmache und antisemitische Hetze zu nutzen, stellen wir uns daher entschlossen entgegen.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Initiative: Dominik Krause, Anna Hanusch, Dr. Florian Roth

Mitglieder des Stadtrates

SPD / VOLT Stadtratsfraktion

Initiative: Simone Burger, Anne Hübner, Christian Müller

Mitglieder des Stadtrates